

## **Rede von Ralf Jürgens, Mitglied des Kreisvorstands DIE LINKE.Hildesheim, gehalten bei der Antifaschistischen Kundgebung in Hildesheim am 22.3.2012**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Genossinnen und Genossen, sehr geehrte Damen und Herren,

Mein Name ist Ralf Jürgens, ich spreche hier für den Kreisverband Hildesheim der Linken und bin dort Mitglied des Kreisvorstands.

Ich möchte auf drei Gesichtspunkte eingehen:

- 1) Auf den gestrigen "Internationalen Tag zur Überwindung von Rassendiskriminierung"
- 2) Auf die heutige Innenministerkonferenz zum Thema NPD-Verbot
- 3) Auf den offiziellen Umgang der Stadt Hildesheim mit der Geschichte des Kampfes gegen den Faschismus und gegen den Krieg

1) Die Vereinten Nationen haben am 21. März 1966 den 21. März als Internationalen Tag gegen Rassismus ausgerufen. Hintergrund war das Massaker am 21. März 1960 im Südafrikanischen Sharpsville. Was geschah am 21.3. 1960 ?

Der interkulturelle Rat in Deutschland schreibt dazu auf seiner Internetseite [www.internationale-wochen-gegen-rassismus.de](http://www.internationale-wochen-gegen-rassismus.de) :

*„Am Vormittag des 21. März 1960 finden sich an verschiedenen Orten der kleinen Stadt 50 km südlich von Johannesburg rund 20.000 Menschen zusammen. Sie folgen einem Aufruf des Pan Africanist Congress (PAC), der eine fünftägige gewaltfreie und friedliche Protestaktion angekündigt hatte.*

*Die Menschen demonstrieren gegen die Passgesetze des Apartheid-Regimes. Diese Gesetze sahen die scharfe Trennung von Wohn- und Geschäftsbezirken für Weiße, Schwarze und Inder vor. Drei bis vier Millionen Afrikaner wurden zwangsumgesiedelt, weil sie in den für die Weißen vorgesehenen Gebieten lebten. So wurde versucht, Menschen auf Dauer voneinander zu trennen. Die Schwarzen lebten in weit von den weißen Vierteln entfernten "Townships". Doch ohne die schwarzen Arbeitskräfte wäre die Wirtschaft des weißen Südafrikas schnell zusammengebrochen. Passgesetze regelten das "Aufenthaltsrecht" der schwarzen Südafrikaner, die Anzahl der Schwarzen in den Städten sollte so auf ein Minimum beschränkt werden, ihre Arbeitskraft aber weiter zur Verfügung stehen.*

*Die Demonstrierenden setzen sich in Richtung Polizeistation im Sharpeviller Zentrum in Bewegung. Die Polizei hält die friedlich demonstrierende Menge mit niedrig fliegenden Flugzeugen und Tränengas in Schach. Um kurz nach 13 Uhr eskaliert dann schließlich die Situation: Angeblich als Reaktion auf Steinwerfer schießt die Polizei in die Menge. Die Menschen fliehen in Panik, die Polizei schießt weiter. 69 Menschen werden getötet, darunter acht Frauen und zehn Kinder. Viele – die Angaben variieren von 180 bis über 300 Personen – werden verletzt, teilweise schwer.“*

Warum erwähne ich das?

Weil wir hier in der Bundesrepublik nach wie vor rassistische Gesetze haben, die eine Gleichberechtigung eines großen Teils der Bevölkerung verhindert.

Ich möchte hier darauf hinweisen, dass die Familie Gazale Salame/Ahmed Siala, die vor sieben Jahren per Abschiebung durch den Hildesheimer Landkreis auseinandergerissen wurde – noch immer nicht wieder im Hildesheimer Land zusammen leben darf. Das ist Rassismus. Und eine Form der Apartheid. Innenminister Schünemann muss endlich die Rückkehr von Gazale Salame mit ihren beiden Kindern in die Wege leiten. Von Landrat Wegener – diesem Hardliner – ist ja in dieser Frage nichts zu erwarten.

Und ich möchte die Behörden und den Deutschen Bundestag dazu auffordern, der Familie Ismailov/a das Bleiberecht sofort zu gewähren.

Ich zitiere hier aus der noch bis morgen laufenden Onlinepetition der Flüchtlingsjugendorganisation: „Jugendliche ohne Grenzen“ aus Hildesheim an den Bundestag:

*„Familie Ismailov/a lebt seit fast 10 Jahren in Deutschland – nun droht ihnen die Abschiebung.*

*Nurjana Ismailova (21) und ihr Bruder Nuradil (19) sind seit Jahren ehrenamtlich in der Flüchtlingsjugendorganisation "Jugendliche Ohne Grenzen" (JOG) aktiv, helfen neuankommenden Flüchtlingen mit Übersetzungen und Orientierungshilfen und sind nicht nur von den Mitgliedern von JOG, sondern auch von deren Kooperationspartnern wie dem Bundesfachverband UMF sehr geschätzt.*

*Beide sprechen akzentfreies deutsch, haben hier die Schule besucht und ihren Schulabschluss (Realschule und Hauptschule) erworben. In Deutschland haben sie zahlreiche FreundInnen gefunden und Niedersachsen ist ihr neues Zuhause geworden.*

*Zu Ihrem Herkunftsland Dagestan haben sie keinerlei Bindung mehr. In Deutschland könnten sie problemlos eine Ausbildung beginnen und sich ins Arbeitsleben integrieren aber dies wird ihnen von der Ausländerbehörde verboten. Auch ihre Eltern würden angesichts des breiten UnterstützerInnen-Netzwerks sofort eine Arbeit finden, wenn ihnen eine Erlaubnis dafür gegeben würde.*

*Die Geschwister werden nicht aufgrund von Straftaten ausgewiesen (§54 AufenthG). Hintergrund ist, dass Nurjana und Nuradil immer nur geduldet (§ 60a AufenthG) wurde, da ihr Asylantrag abgelehnt wurde – jetzt ist die Abschiebung nur vollziehbar geworden.*

*Eine Abschiebung würde nicht nur den Verlust ihrer Freunde und ihres kompletten sozialen Lebens bedeuten, Dagestan ist ein gefährlicher Ort – laut BBC der gefährlichste in Europa. Bombenanschläge, Schusswechsel zwischen Armee und Rebellen, Folter und willkürliche Verhaftungen sind an der Tagesordnung.*

*Wir bitten Sie daher der Familie Ismailov/a endlich eine Lebensperspektive in ihrem Zuhause in Deutschland zu gewähren und eine Aufenthaltserlaubnis zu erteilen.*

*Gleichzeitig bitten wir darum umgehend eine Arbeitserlaubnis für alle Familienmitglieder zu erteilen um Nurjana und Nuradil zu ermöglichen ihren Bildungsweg fortzusetzen und eine Ausbildung zu beginnen“*

Soweit die bis morgen noch laufende Petition an den Bundestag!

Auf einen anderen Aspekt der strukturellen politischen Ausgrenzung großer Teile der Bevölkerung in Niedersachsen möchte ich aufmerksam machen:

Am 20. Januar 2013 wird der neue Landtag gewählt. Wenn nicht noch ein Ruck durch dieses Land geht, und das Wahlrecht für alle hier lebenden Ausländer eingeführt wird, bleibt es bei der politischen Diskriminierung und Ausgrenzung von Hunderttausenden Menschen in Niedersachsen. Die Vorenthaltung des Wahlrechtes ist eine moderne Form der Apartheid, denn es bedeutet die Zuweisung der Rolle als Menschen zweiter Klasse.

Ein Lehre aus dem deutschen Faschismus und dem ehemaligen Apartheidregime in Südafrika sollte sein: keine Ausgrenzung und Unterdrückung aufgrund von Pässen!

2) Rassistische Gesetze und Rassismus sind ein konstituierendes Element faschistischer Politik und faschistischen Terrors:

Die Ende letzten Jahres bekannt gewordenen Terrormorde des Nationalsozialistischen Untergrundes (NSU), dessen Spuren bis nach Hildesheim reichen, wie das Zweite Deutsche Fernsehen ja aufgedeckt hat, sind rassistisch motiviert und aus dem NPD-Umfeld heraus begangen worden.

Das führt mich zum Thema der heutigen Innenministerkonferenz: Es geht um das NPD-Verbot. Innenminister Schönemann hat in der letzten Woche einen halben Schritt in die richtige Richtung getan: Er hat angekündigt, dass die V-Leute des niedersächsischen Verfassungsschutzes in den Führungsebenen der NPD abgeschaltet werden müssen.

DIE LINKE. fordert dies seit langem. Wir fordern allerdings auch, dass alle V-Leute abgezogen werden,

- erstens, weil wir wollen, dass es keine Zusammenarbeit zwischen Staat und faschistischen Parteien gibt,
- zweitens, weil wir wollen, dass die Forderung des Bundesverfassungsgerichtes von 2003 erfüllt wird
- drittens weil die NPD verboten werden muss, um faschistischer Politik und Terror ihre derzeitige Hauptfinanzierungsquelle und Organisationsplattform zu entziehen.
- Viertens fordern wir die Auflösung des Verfassungsschutzes und die Gewährung demokratischer Freiheiten und Grundrechte an alle Einwohner des Landes

Das derzeitige zögerliche Agieren der Bundesregierung, die einen Zickzack-Kurs fährt, statt zügig und intensiv das Verbot und die Auflösung der Naziorganisation NPD zu betreiben, spielt den Rechtsextremisten und Rechtsterroristen in die Hände.

Der Schwur von Buchenwald, den die KZ-Häftlinge nach ihrem Aufstand und ihrer Befreiung am 11.4.1945 abgaben, ist immer noch aktuell:

*„Wir stellen den Kampf erst ein, wenn auch der letzte Schuldige vor den Richtern der Völker steht. Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel. Das sind wir unseren gemordeten Kameraden und ihren Angehörigen schuldig“* (Quelle: [http://de.wikipedia.org/wiki/Widerstand\\_im\\_KZ\\_Buchenwald](http://de.wikipedia.org/wiki/Widerstand_im_KZ_Buchenwald))

3) Von der Stadt Hildesheim fordere ich hier und heute: auf dem Marktplatz ein Denkmal für die Opfer des Faschismus und für die Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus in Hildesheim zu errichten.

*„Um angeblich Plünderer abzuschrecken, wurden*

*mindestens 30 Ausländer am 25. März 1945 auf dem Marktplatz öffentlich erhängt. In der Nähe des Galgens blieben Leichen Erschossener tagelang unbeerdigt liegen. Eine weitere Stätte des Massenmords wurde das ehemalige Seuchenhaus am Friedhof Peiner Straße, hier wurden mindestens 80 Menschen, darunter die Mehrheit italienische Militärinternierte, erhängt. Für die auf 127 bezifferten Opfer stellte der DGB Hildesheim am 1.9.1989 eine Gedenktafel auf dem Nordfriedhof Peiner Straße auf, an der regelmäßig zum Volkstrauertag Gedenkveranstaltungen stattfinden.*

*Als im August 1948 auf dem Nordfriedhof ein Massengrab geöffnet wurde, fand man die Leichen von 17 Frauen und 191 Männern, die zum Teil noch als KZ-Häftlinge erkennbar waren. Einige hatten noch einen Strick um den Hals. Die Toten konnten nicht mehr identifiziert werden und wurden hier erneut bestattet. Für sie wurde ein kleiner Grabstein mit der Inschrift „208 Tote“ aufgestellt.*

*Neben dem Massengrab befinden sich weitere Grabstellen ausländischer Toter. Die Gräber befinden sich in den Abteilungen VI a links und VI b links.“ (1)*

Es gibt in Hildesheim im Stadtteil Godehardikamp den Dietrich-Bonhoeffer-Weg

*Der evangelische Theologe Dietrich Bonhoeffer (1906-1945) war in der Bekennenden Kirche tätig und hatte gegen die Morde an Juden, psychisch Kranken und "Staatsfeinden" protestiert. Sein Predigerseminar in Finkenwald wurde 1940 geschlossen, nachdem Bonhoeffer eine vorherige Schließungsverfügung Himmlers ignoriert hatte.*

*Bonhoeffer wurde 1943 wegen seiner Mitarbeit im politischen Widerstand verhaftet und zunächst in Berlin, später im KZ Buchenwald inhaftiert, wo er am 9. April 1945 (kurz vor Befreiung des KZ's - Anm. d. Verf.) von einem Standgericht der SS zum Tode verurteilt und hingerichtet wurde. (www.hildesheim.de)*

Am 7. April 1945 bereits, also zwei Tage vor Hinrichtung Bonhoeffers, wurde die Stadt Hildesheim morgens durch amerikanische alliierte Truppen, durch die 9. US-Armee – 2. Panzerdivision eingenommen und von faschistischer Herrschaft befreit.

Die leitenden Funktionsträger der nazistischen Diktatur, des Staatsapparates und der kommunalen Organe, Gestapo-Beamte und SS-Mordkommandos hatten fluchtartig die Stadt verlassen um der Gefangennahme und der Wut der Bevölkerung zu entgehen. (2)

Statt am 22.3. einen Gedenktag für die Opfer der alliierten Bombardierungen zu veranstalten, sollte jährlich am 7. April der Tag der alliierten Befreiung in Hildesheim gefeiert werden!

(1) Quelle: *Arbeitsheft Nr. 20 der Otto-Brenner-Stiftung, 2001 - Reinhard Jacobs M. A.-Terror unterm Hakenkreuz – Orte des Erinnerns in Niedersachsen und Sachsen-Anhalt – Seite 79*

(2) (siehe auch: Hans Teich, Hildesheim und seine Antifaschisten, Hildesheim, 3. Auflage 1988, Seite 147)